

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

10.4.1887 (No. 85)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 10. April.

№ 85.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 25. März d. J. gnädigt bewegen gelassen, dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches in Berlin, Grafen Herbert von Bismarck-Schönhausen, das Großkreuz Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 9. April.

Durch die milden Frühlingslüfte, über die neu erwachende Erde hin lassen die Osterglocken ihren Aufseherstusch erschallen und die in der Knospenhülle verschlossene Blüthe, der im dunklen Schoß der Erde ruhende Keim hören den Ruf und brechen hervor; wie sollten nicht Menschenherzen ihn freudig und gläubig vernehmen? Sehen wir doch das Wunder, welches die Kirche feiert, erneut und bekräftigt in den Vorgängen draußen in der Natur; erwacht doch auch die uns umgebende Welt aus einem todesähnlichen Schlafe, in den dünnen Aesten regt sich neuer Saft, Wald und Garten legen wieder die Farbe der Hoffnung an. Auf dem Gebiete der Tagespolitik hat sich die Nähe des Osterfestes schon seit mehreren Tagen erkennbar gemacht, um so mehr, als keine Ereignisse eintreten, keine nach außen hin bemerkbaren Wandlungen in den schwebenden politischen Fragen sich vollziehen, welche das Bild der allgemeinen Lage wesentlich verändern würden. Diese Lage ist nicht frei von allen Ursachen zur Sorge, sie ist keine derartige, daß die Fortdauer einer friedlichen Entwicklung völlig gesichert erschiene; aber unter den obwaltenden Verhältnissen läßt sich auch die Möglichkeit, in naher Zeit zu einer völlig konsolidirten Weltlage zu gelangen, nicht absehen.

Nach der zwischen Stoiloff und dem Grafen Kalnoth in Wien stattgehabten Unterredung fanden sich alsbald in zahlreichen Blättern Berichte, welche den wesentlichen Inhalt dieser Unterredung wiederzugeben behaupteten. Daß diese Berichte keinen Anspruch auf unbedingte Zuverlässigkeit erheben konnten, erhellt schon aus der That- sache, daß sie nicht unbeträchtlich von einander abwichen. Das Wiener „Fremdenblatt“ erklärt jetzt noch besonders, es werde von kompetenter Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die stückweisen Erzählungen namentlich ausländischer Blätter über die Besprechung des Grafen Kalnoth mit dem bulgarischen Justizminister Stoiloff nicht als richtige Darstellung der Unterredung zu betrachten seien. Zugleich bemerkt das Blatt, daß es bei der einzigen Unterredung zwischen dem Minister des Auswärtigen und Stoiloff geblieben ist.

Kurze Osterferien hält diesmal das englische Unterhaus; sie dauern nur vom Gründonnerstag bis zum Osterdienstag. Während die Regierung zum Abschluß der Erörterung über die irische Strafrechtsbill drängt, sucht die Opposition mit allen durch die Geschäftsordnung gebotenen Mitteln diesen Abschluß zu verzögern. Das neueste Obstruktionsystem der Opposition besteht in der tagtäglichen Häufung zahlloser Fragestellungen vor dem Eintritt des Hauses in die eigentliche Arbeit. Zu der letzten Sitzung des Unterhauses waren schon Tags zuvor nicht weniger als hundert solche Anfragen ange- stellt, welche alle beantwortet werden müssen. Der Beginn der eigentlichen Verhandlungen wird dadurch oft bis tief in die Nacht hinein verhindert. Natürlich sind die Fragen oft kleinlicher Art, überflüssig und zum Theil kaum ernsthaft zu beantworten. Daß eine parlamentarische Minorität, so gut es geht, ihren Standpunkt in einer wichtigen Frage zur Geltung zu bringen sucht, versteht sich von selbst; wenn sie aber fortgesetzt nur die Mehrheit des Hauses an der Arbeit zu verhindern trachtet, so wird man dies als ein parlamentarisches gerechtfertigtes Verfahren nicht mehr bezeichnen können und die Entrüstung der Londoner Blätter über die von der Opposition betriebene Zeitvergeudung erscheint sehr begreiflich.

Die Nachrichten aus Afghanistan widersprechen sich fast tagtäglich; einmal soll der Aufstand der Ghilzais gar nichts bedeuten oder ganz erloschen sein, dann wieder wird sein ernster Charakter hervorgehoben und sein Umsichgreifen geschildert. Die neueste Meldung des „Heuter'schen Bureaus“ ist in dem letztbezeichneten Sinne gehalten. Sie ist aus London datirt und lautet: „In Calcutta eingegangene Berichte aus Afghanistan melden, der Stamm der Ghilzais habe eine Position in der Nähe von Ghuzni, welche den Weg von Kabul nach Kandahar beherrscht, besetzt.“ Aus Bombay wird demselben Bureau gemeldet: Nach hier eingegangenen Nachrichten aus einer zuverlässigen Quelle haben sich Nur Mahomed und eine Kompanie Sabu-Rebellen dem Mollah von Sapari angeschlossen

und sollen bemüht sein, einen Aufstand im Distrikte Tirah zuwege zu bringen. Gyub Khan hat Gholam Haider Khan, dem früheren Generalissimus des Emir, der sich jetzt gegen ihn empört hat, Geld gesandt und es ist diesem Zinjurgentenschef gelungen, mehrere Ghilzai-Khans, die auf der Reise nach Kabul begriffen waren, um sich Abdurrahman zu unterwerfen, zu veranlassen, umzukehren, indem er ihnen die eidlche Versicherung erteilte, daß sie in einem zweiten Angriffe auf die Truppen des Emir nicht den Kürzeren ziehen werden. Die Ghilzai-Stämme schaaren sich in großer Stärke in Muschi zusammen und planen einen Angriff auf Ghazni.

Unter den feuerpolitischen Maßregeln, welche die russische Regierung in's Auge gefaßt hat, befindet sich bekanntlich auch eine Besteuerung der Auslandszüge. Wir theilten bereits in Nr. 81 ds. Blatts, eine Meldung der „Neuzeit“ mit, der zufolge der russische Finanzminister im Reichsrathe einen hierauf bezüglichen Gesetzesentwurf eingebracht habe; dem genannten Blatte nach würde die Steuer für einen auf 3 Monate laufenden Paß 30 Goldrubel, für jeden weiteren Monat bis zu einem Jahre 15 und für jeden über ein Jahr hinausgehenden Tag einen Goldrubel oder 360 Rubel für das zweite Jahr betragen. Die „Neuzeit“ ergänzt heute, wie uns aus Petersburg berichtet wird, ihre Meldung dahin, daß auch die in Rußland anfangen oder in industriellen und kommerziellen Etablissements Rußlands angestellten Ausländer zur Steuer für Reisepässe in's Ausland herangezogen werden sollen. Befreit dagegen von der Steuer sollen diejenigen bleiben, welche zu einem nur dreimonatlichen Aufenthalt auf ihre im Auslande belegenen Besitzungen verreisen.

Die Herstellung von Sprengmitteln mit gegen früher erheblich gesteigerter Brisanz hat den militärischen Autoritäten der Schweiz Anlaß gegeben, eine **Verstärkung der Gotthardbefestigung** ins Auge zu fassen. An den Plänen selbst wurde nichts geändert. In Folge der beschlossenen Verstärkung der Werke werden sich, wie die „B. F. N.“ schreiben, die Kosten der Ausführung derselben allerdings etwas höher stellen. Mit den Arbeiten an der Gotthardbefestigung wird begonnen, sobald die Witterung in dortiger Gegend es erlaubt (etwa Mitte Mai), und es sollen dieselben thunlichst befördert werden.

Deutschland.

* Berlin, 8. April. Seine Majestät der Kaiser nahm gestern Vormittag, wie alljährlich am Gründonnerstag, mit Ihrer Majestät der Kaiserin und den hier oder in Potsdam anwesenden Mitgliedern der königlichen Familie das heilige Abendmahl. Den Rest des Tages brachte der hohe Herr in stiller Zurückgezogenheit zu. — Heute Vormittag waren die Allerhöchsten und die Höchsten Herrschaften zum Gottesdienste im kaiserlichen Palais versammelt.

— Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Erklärung betreffend die Unzulässigkeit der Pfändung von Eisenbahn-Fahrbetriebmitteln, inhaltlich derer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn gegenseitig die übereinstimmend in beiden Staaten geltenden gesetzlichen Bestimmungen für sich anerkennen. Der „Reichsanzeiger“ publizirt außerdem die am 4. April ratifizierte Uebereinkunft zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Serbien betreffend den gegenseitigen Schutz der gewerblichen Muster und Modelle.

— Bei der Reichstagswahl in Barel wurde nach amtlicher Feststellung Rechtsanwalt Träger mit 9554 von 17,307 Stimmen gewählt, während v. Thünen 7753 Stimmen erhielt.

— Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt bezüglich der Dauer der parlamentarischen Session: „In parlamentarischen Kreisen hofft man trotz des großen vorliegenden und noch zu erwartenden Arbeitsstoffs die Sessionen des Reichstags sowohl wie des preussischen Landtags vor Pfingsten schließen zu können. Die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses wird vorzugsweise durch die Kirchenvorlage, die des Reichstags voraussichtlich durch die Steuerreform in Anspruch genommen werden, wozu noch zahlreiche theils bereits in Angriff genommene, theils erst noch erwartete Vorlagen hinzukommen. Der Reichstag hat aber in seiner neuen günstigen Zusammenfassung so erfreuliche Proben einer rasch auf's Ziel losgehenden, von unnützen Abschweifungen sich fernhaltenden sachlichen Behandlung der Geschäfte gegeben, daß die Hoffnung, er werde in den zwischen Ostern und Pfingsten gewährten 5 Wochen mit seiner Aufgabe fertig werden, nicht als ganz ungerechtfertigt erscheint, namentlich wenn die Steuerreform von Anfang an Aussichten auf eine Verständigung unter den Mehrheitsparteien eröffnet.“

— Bei der Berathung über den nunmehr zum Gesetz gewordenen Reichshaushaltsetat für das laufende Rechnungsjahr hatte der Reichstag bei den einmaligen Ausgaben des Etats des Auswärtigen Amtes beschlossen,

den Reichszähler zu ersuchen, zukünftig und zum erstenmal im Etat für das Etatsjahr 1888/89 die Einnahmen, die sich in den Schutzgebieten ergeben, ersichtlich zu machen. Wie nachträglich bekannt wird, hat der Bundesrath beschlossen, diesen Antrag dem Reichszähler zu überweisen.

— Seitdem das am 17. April 1886 erlassene Gesetz betreffend die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten in Kraft steht, haben sich verschiedene Uebelstände ergeben, welche auf den Umstand zurückzuführen sind, daß es der damaligen Reichstagsmehrheit nicht sowohl auf die Prosperität unserer Kolonien, als vielmehr darauf ankam, daß die in den Schutzgebieten sich aufhaltenden Europäer daselbst der gleichen Behandlung theilhaftig würden, wie in unseren Konsulargerichtsbezirken. „Wenn man berücksichtigt“, schreiben hierzu die „B. F. N.“, „daß die Entwicklung unserer Schutzgebiete noch in den Anfängen der Civilisation steht, mithin daselbst ganz andere Maßregeln Anwendung finden müssen, als die Verhältnisse in den doch einer ungleich höheren Kulturstufe sich erfreuenden deutschen Konsulargerichtsbezirken es notwendig machen, so erhellt schon daraus zur Genüge, daß von dem einseitigen Standpunkte der vorjährigen Reichstagsmehrheit eine befriedigende Lösung der Frage füglich nicht erreicht werden konnte. Seitens der Kolonialgesellschaften sind denn auch, dem Vernehmen nach, an maßgebender Stelle Anträge eingegangen, welche eine Abänderung des Eingangs erwähnten Gesetzes ins Auge fassen. Dieses Vorgehen hat bereits zu weiteren Erwägungen nach der beregten Richtung Anstoß gegeben, welche vermuthlich in einem für die antragstellenden Kolonialgesellschaften günstigen Sinne auslaufen dürften.“

— Die kirchenpolitische Vorlage wird im preussischen Abgeordnetenhaus voraussichtlich am zweiten Sitzungstage nach Ostern, am 20. April, auf die Tagesordnung gesetzt werden. Da der Gesetzesentwurf diesmal nicht als abgeschlossenes Werk, das sich auf eine sichere Mehrheit stützt, an das Abgeordnetenhaus kommt, sondern von verschiedenen Seiten Abänderungsanträge zu erwarten sind, so glaubt die „Nationalzeitung“, daß eine Berathung in einer Kommission nicht zu vermeiden sein wird.

— Die „Nordb. Allg. Ztg.“ reproduziert einen Artikel der Madrider „Epoca“, welche schreibt, kein anderer habe den von ihr kürzlich erwähnten Trinkpruch auf den Erfolg einer glänzenden Revanche Frankreichs ausgebracht, als der in China accreditirte Gesandte Spaniens. Der Ort, wo das Bankett gehalten worden, sei nicht angegeben; ein ihr (der „Epoca“) zugegangener Brief weise aber deutlich auf Shanghai hin, wo der Gesandte augenblicklich residire, anstatt in Peking zu weilen. — Wo immer auch der Trinkpruch ausgebracht worden sei, so handle es sich um einen groben Fehler eines Diplomaten, der das Prestige und den guten Namen eines Landes vertritt, das mit der ganzen Welt die besten Beziehungen unterhalten möchte.

— Straßburg, 9. April. (Tel.) Das Ministerium beschloß, daß die Verfügung vom 31. Dezember 1886, wonach Jeder, welcher der französischen Armee angehört oder zu derselben in Beziehungen steht, zum Aufenthalt in den Reichslanden eine Genehmigung einzuholen hat, fortan auf alle Franzosen außer den bereits im Lande wohnenden anzuwenden ist.

± Metz, 7. April. Mit dem heutigen Tage sind sämtliche im Bereiche des 15. Armeecorps vorzunehmenden Truppenverschiebungen zum Abschluß gekommen. Theilweise sind die Truppen provisorisch untergebracht. Der Bau der erforderlichen Kasernements soll so schnell betrieben werden, daß die Uebersiedelung in dieselben noch vor Beginn des Winters vollzogen werden könne. — Die Aufregung über die Antoine'sche Ausweisung hat sich jetzt wieder etwas gelegt und einer verständigeren Auffassung der Sachlage Platz gemacht. Antoine galt in den ersten Jahren nach dem Kriege als eine Persönlichkeit von gemäßigten Anschauungen. Auch der Regierung gegenüber galt er als solche; u. a. befand er sich in der Kommission für Viehanfänge, welche von der Regierung zur Verbesserung der einheimischen Rassen veranlaßt wurden. Erst nachdem ihm dieser Vertrauensposten entzogen worden war, entpuppte er sich als extremen Proteßler. In dieser Eigenschaft wurde ihm nach dem Tode des ebenfalls proteßlerisch gesinnten, aber feingebildeten und taktvollen früheren Bürgermeisters Bezanon das Reichstagsmandat für den Mezer Wahlkreis übertragen. Unter der Anflage des Hochverrats wurde er noch während der Verwaltung des Herrn v. Mantuffel in Untersuchungshaft genommen; wegen Mangels an Beweisen mußte jedoch das Verfahren gegen ihn eingestellt werden. Von da ab galt er als politischer Märtyrer und bildete den Mittelpunkt aller deutschfeindlichen Bestrebungen in Lothringen. Wenn endlich die Verwaltung nach jahrelang geübter Langmuth in Antoine eine Persönlichkeit entfernte, welche schon durch ihre Anwesenheit aufreizend wirkte, so wird man sie gewiß nicht der Uebersiedelung bezichtigen können.

Frankreich.

Paris, 8. April. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, der Minister des Auswärtigen, Flourens, habe den französischen Botschafter beim Vatikan beauftragt, bei dem neuen italienischen Ministerium die Wiederaufnahme der Verhandlungen betreffend den französisch-italienischen Handelsvertrag anzuregen. — Der Budgetausschuß der Deputiertenkammer nahm heute die Erklärungen der Minister Goblet und Dauphin entgegen. Rouvier, der Vorsitzende des Ausschusses, führte mehrere Punkte auf, welche dem Ausschusse Veranlassung zum Tadel böten; dahin gehören u. a. die Art, wie das außerordentliche Budget im neuen Budgetentwurf ersetzt worden sei; ferner das Fehlen von Fiskalreformen. Goblet antwortete, eine Verständigung über diese Dinge sei nicht unmöglich. Der wesentlichste Punkt sei der Wille der Regierung, das Gleichgewicht dadurch herzustellen, daß in's außerordentliche Budget wieder alle öffentlichen Arbeiten eingereicht würden. Ein anderer Punkt sei die Aufhebung der Schuldentilgung. Ueber diese zwei Punkte sei der Ausschuß nicht in Meinungsverschiedenheit mit der Regierung. Ersparnisse seien bloß in den Budgets für Krieg und Flotte und für öffentliche Arbeiten möglich. Für die letzteren beiden Budgets wolle die Regierung bedeutende Verminderungen vornehmen. In Betreff des Kriegs- und Marinebudgets aber müsse der Ausschuß sich mit den betreffenden Fachministern verständigen. In Betreff der Fiskalreform bemerkte Goblet, er würde ohne Zaudern es mit der Einkommensteuer versuchen, aber es werde keine Mehrheit in der Kammer vorhanden sein, um den Grundsatz der Angabe des Einkommens ohne oder mit Kontrolle zur Annahme zu bringen. Daher habe die Regierung einen Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Mobiliarsteuer vorgelegt. Die Regierung würde es bedauern, wenn dieser Entwurf abgelehnt werden sollte. Wenn aber diese Ersparnisse nicht ausreichten, so müsse man auf andere Hilfsmittel bedacht sein, um das Gleichgewicht in den Staatshaushalt zu bringen. Die Regierung halte zwei Punkte für wesentlich: die öffentlichen Arbeiten wieder im außerordentlichen Budget aufzuführen, sowie ein wirkliches Gleichgewicht herzustellen. Der Finanzminister Dauphin zählte hierauf die Ersparnisse auf, die in seinem Ressort zu erzielen seien. — Die Regierung hat zum Schutze der Europäer ein Kriegsschiff nach Port au Prince geschickt, wo Unruhen ausgebrochen sein sollen. — Goblet empfing gestern den aus China zurückgekehrten Admiral Rieuvier, welcher sich sehr zuversichtlich über die friedlichen Absichten China's und die Zukunft Kontins äußerte. — Die indirekten Steuern des Monats März ergeben 2,413,700 Fr. mehr als in den Voranschlägen angesetzt war, und 8 Millionen mehr, als im März 1886. Das Ergebnis der ersten drei Monate von 1887 betrug 9 1/2 Millionen weniger, als im Voranschlage berechnet war, dagegen 12 1/2 Millionen mehr, als in der gleichen Periode 1886. — Aus Tanger gehen Pariser Blätter telegraphische Mitteilungen über die Gefangennahme eines französischen Kaufmanns Namens Doubs zu. Rühmend hervorgehoben wird das Verhalten des Direktors des englischen Posten von Kap Zuby, Tempes, der seine guten Dienste angeboten hat, um dem gefangenen Franzosen außerhalb des Gebietes des Sultans von Marokko zu helfen, ist der erwähnte Direktor bemüht, sich mit dem arabischen Stamme in Verbindung zu setzen, welcher für die Freilassung des Franzosen 15,000 Fres. verlangt. In den heute vorliegenden Meldungen wird hervorgehoben, daß es einer geschickten und schleunigen Aktion bedürfe, falls ein Unglück verhütet werden soll, das an der Westküste Marokko's einen schlimmen Eindruck machen würde. Mit den einander mannigfaltig durchkreuzenden Bestrebungen der Engländer, Franzosen und Spanier in Marokko hat der Vorgang allem Anschein nach nichts zu thun.

Italien.

Rom, 8. April. Das amtliche Blatt veröffentlicht einen königlichen Erlaß betreffend Erweiterung und Abgrenzung der Zollzone entlang der Landesgrenze gegen Oesterreich-Ungarn in den Provinzen Bergamo, Brescia, Mantua, Verona, Vicenza und Padua. — Da zur Zeit der Vertagung der Kammer von allen derselben vorliegenden Gesetzentwürfen nur derjenige betreffend die Postreform bereits im Kommissionsbericht vorlag, seine sofortige Beratung aber wegen der darin enthaltenen Portoherabsetzung von der Regierung nicht eher gewünscht werden dürfte, als bis ein Ersatz für den Einnahmefall geschaffen ist, so befristet der Gouvernemente „Popolo Romano“ die schleunige Fertigstellung der Relation über die „Neuordnung der Ministerien“, damit diese Vorlage alsbald nach Wiedereröffnung der Kammer (am 18. d. M.) zur Beratung kommen könne.

— Die „Italia“ schreibt in einem Leitartikel über die parlamentarische Situation: „Das Carotoli, Nicotera und Baccarini betrifft, welche von der Koalition ausgeschlossen wurden, genügt es, gewisse Journale der Linken zu lesen, um sich zu überzeugen, daß sie mit dem Vornehmen Crispi's gegen sie nicht zufrieden seien. Carotoli wird sich en reserve halten — Nicotera und Baccarini werden, wie wir glauben, nicht zögern, sich mit den Gegnern des Kabinetts zu verbinden. Das wird aber Depretis, Crispi und Zanardelli nicht hindern, besonders im Anfang, eine formidabile Majorität zusammenzubringen. Crispi bringt eine große Energie ins Ministerium. Man weiß, daß er vor den Generalwahlen nicht zurücktreten werde, und diese Aussicht wird einen Einfluß auf gewisse Gruppen der Kammer ausüben. Nach Allem hat er trotz seiner vorgeschrittenen Ideen über manche Fragen „den Ruf eines Mannes der Ordnung“ und man kann ihn als liberal-autoritär bezeichnen. Zanardelli, den man mit Mißtrauen als Minister des Innern gesehen haben würde, wird keinen Protest hervorgerufen, wenn er sich mit dem Justizportefeuille begnügt. Er wird selbst von den Ver-

anten wegen seiner Unparteilichkeit geliebt. Saracca als Arbeitsminister bietet eine Garantie, daß die Ausgaben die Einnahmen des Staates nicht mehr überschreiten werden. Die Erhaltung Magliani's auf seinem Posten ist eine beruhigende Tatsache für die Finanzen und den Kredit Italiens. Das neue Ministerium nimmt sich, wie versichert wird, vor, mit einem scharf abgezeichneten Programm vor das Parlament zu treten. Viele behalten es sich vor, dasselbe definitiv zu beurteilen, wenn seine Absichten bekannt sein werden. Aber schon jetzt würde das Ende der Krise aller Welt eine Art Erleichterung bringen. Das Kabinet würde im Lande und in der Majorität der Kammer vortreffliche Dispositionen finden. An ihm ist es, Nutzen daraus zu ziehen.“

Spanien.

Madrid, 8. April. Die Polizei von Gerona beschlagnahmte drei aus Frankreich kommende, mit Kartuschen beladene Karren, welche für die Carlisten bestimmt waren. Die Karrenführer und die Adressanten, unter denen sich drei Bürgermeister befinden, wurden verhaftet.

Großbritannien.

London, 8. April. Das Unterhaus vertagte sich bis Dienstag den 12. April. — Es ist jetzt der Minoritätsbericht des Drangisten Mr. Hardy über den Belfast Aufbruch erschienen. Derselbe empfiehlt die Einsetzung einer höchsten Aufsichtsbehörde über die städtische Polizei, und zwar soll der Stadtrath 6 Mitglieder ernennen, der Lordlieutenant 4 und die Hafen- und Wassercommission 2. Der Bürgermeister und der Generalinspektor der Konstabler sollten ex officio Mitglieder der Behörde sein. Außer einer auf 672 Mann festzustellenden Polizeimacht sollten jährlich 2000 Spezialpolizisten gewählt werden, um nöthigenfalls den Frieden und die Sicherheit des Eigenthums zu schützen.

— Nachstehend geben wir die Rede, welche Lord Salisbury zur Eröffnung der Kolonialkonferenz hielt, etwas ausführlicher wieder. Die Konferenz, so begann er, möge nicht augenblicklich große Resultate aufzuweisen haben, aber er glaube, daß alle Anwesenden von der Ueberzeugung durchdrungen seien, daß die Konferenz eine Entwicklung einleiten werde, auf welche vielleicht einst viele Theile des Reiches als Ausgangspunkt und Markstein ihrer Geschichte bilden werden. Das britische Reich habe eine Eigenthümlichkeit, nämlich den Mangel an Kontinuität. Weite Ozeane trennen die fernen Bestandtheile und der Gegenstand, welcher der Berathung zur Erörterung vorliegt, sei der, wie diese natürlichen Hindernisse der Einheit durch Vertrag und Organisation überbrückt werden können. Er wolle die Vertreter der Kolonien nicht zu hochstrebenden Verfassungsplänen ermutigen, obgleich er auch diese Bestrebungen nicht für unbedeutend halte. Während das britische Reich sich gegenwärtig nicht dem Deutschen Reich in Bezug auf eine zweckmäßige einheitliche Führung seiner Angelegenheiten an die Seite stellen könne, seien die Reichsinteressen dennoch stets wohl gewahrt worden. Vor der Gründung des Deutschen Reiches bestanden in Deutschland zwei große nationale Verbände, der Zollverein und eine einheitliche militärische Organisation. Beides sei auch im britischen Reich möglich, wenn auch nicht augenblicklich, wie wohl ein britischer Zollverein noch in ziemliche Ferne gerückt zu sein scheint. Darauf kam der Redner auf die Verteidigung der Kolonien zu sprechen, wozu sowohl das Mutterland als die Kolonien beitragen müßten. Weider Interessen in dieser Beziehung seien dieselben. Man höre häufig sagen, daß der Reichsregierung allein die Pflicht der Verteidigung der Kolonien obliege, weil jede Gefahr, welche die letzteren treffen könne, das Resultat der Reichspolitik sei. In gewissen Grade möge diese Schlussfolgerung berechtigt sein, aber nicht in allen Fällen sei sie anwendbar. Er glaube nicht, daß die Kolonien leicht in einen Krieg verwickelt werden, so lange das Reich bestehe, dessen Politik seit Jahren eminent friedlich gewesen sei. Der hauptsächlichste Gesichtspunkt aber, welcher bei den Verhandlungen betont werden sollte, sei nicht der, ob den Kolonien etwa durch die Politik des Mutterlandes Gefahr drohen könne und sie sich deshalb in Verteidigungszustand setzen sollen. Wenn er auch nicht glaube, daß es wahrscheinlich sei, daß die großen europäischen Mächte die Integrität der Kolonien nicht verletzen werden, so lasse es sich doch nicht läugnen, daß die Möglichkeit jetzt viel größer sei, als früher. Die ungeheure Vermehrung der Kriegsschiffe aller Nationen, die größere Schnelligkeit des Verkehrs, die Fortschritte der modernen Wissenschaft, alles dies erleichtere einen Angriff auf die britischen Kolonien. Der unvertheidigte Zustand derselben lade geradezu zu einem Angriff ein. Dazu komme noch das steigende Verlangen nach Kolonialbesitz, welcher sich bei den europäischen Nationen geltend mache. Die Aufgabe, in welcher Weise die Lasten zu verteilen seien, welche die Verteidigung der Kolonien erheische, sei eine heikle. Als Ziel aber müsse im Auge behalten werden, daß alle Theile des Reichs gleich geteilt, gleich blühend und ruhmreich dastehen, und dazu sollten alle Glieder ihr Theil beitragen.

Rußland.

St. Petersburg, 8. April. Der deutsche Botschafter v. Schweinitz hat gestern seine Urlaubsreise nach Deutschland angetreten. — Einer Meldung der „Neuen Zeit“ zufolge brachte der Finanzminister im Reichsrathe einen Entwurf ein, durch welchen der Einfuhrzoll für Hopfen auf 10 und für Hopfenextrakt auf 30 Goldrubel per Pud festgesetzt wird.

Rumänien.

Bukarest, 8. April. Die rumänische Regierung hat die Polizei angewiesen, nur solchen Bulgaren Aufenthalt in Rumänien zu gestatten, welche nachweisen, daß sie daselbst einem bestimmten Berufe nachgehen. — Das rumänische Kriegsministerium beabsichtigt die demnächstige Vermehrung der Kavallerie um acht Schwadronen, der Artillerie um acht Batterien.

Serbien.

Belgrad, 8. April. Der König empfing gestern den englischen Gesandten Windham, welcher ein Antwortschreiben der Königin auf das Abberufungsschreiben des früheren serbischen Gesandten Mijatovic überreichte. — Der Unterrichtsminister begibt sich nächsten Sonntag nach Takova, um namens der Regierung der dort stattfindenden Enthüllung eines Denkmals für den Fürsten Milosch Obrenowitsch beizuwohnen.

Amerika.

Washington, 6. April. Der Staatssekretär Bayard stellte gestern dem Präsidenten Cleveland den neuen österreichisch-ungarischen Gesandten, Herrn Tavera, vor. In seiner Ansprache an den Präsidenten erwähnte Herr Tavera der ihm übertragenen angenehmen Aufgabe in Uebereinstimmung mit seinen Wünschen, Alles anzubieten, um die zwischen seiner Regierung und der der Ver. Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln. Präsident Cleveland bewillkommnete Herrn Tavera und versicherte ihm, es wäre sein ernstester Wunsch, sowie der seines Kabinetts, die Freundschaft zwischen den zwei Nationen aufrecht zu erhalten und zu befestigen. Damit wäre also der Zwischenfall Kelley abgethan.

Zeitungsstimmen.

Ueber die die Innungen betreffende Gewerbeordnungs-novelle äußern die „Hamburger Nachrichten“: „Besonders hat die Bewegung zu Gunsten der Innungen in den Hansestädten, in den alten preussischen Provinzen und im Königreich Sachsen Erfolge gehabt. Wenn diese Erfolge nicht noch größere waren, so muß anerkannt werden, daß dies darin seinen Grund hat, daß die Innungen in ihrer jetzigen rechtlichen Verfassung wegen des Ueberwiegens der ihnen auferlegten Pflichten im Verhältnis zu den ihnen gewählten Rechten keine hinlängliche Anziehungskraft besitzen. Daraus erklärt sich auch, daß die Innungen nicht diejenige Wirksamkeit für die Interessen des Handwerks zu entfalten vermögen, zu der sie nach der ursprünglichen Absicht des Gesetzgebers berufen und bei lebhafterer Theilnahme der Gewerbsgenossen auch fähig sind. Die Berechtigung der Bestrebungen auf Erweiterung der Innungsbefugnisse in diesem Sinne ist nicht in Abrede zu stellen. Bisher hatte die Innung nur auf dem Gebiete des Lehrlingswesens Einfluß über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus. Eine Erweiterung dieses Einflusses erscheint im Hinblick auf die den Innungen obliegenden Pflichten wünschenswert, namentlich betreffs der Fürsorge für das Herbergswesen, den Nachweis der Gesellenarbeit und die Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge. Die Einrichtungen, welche in dieser Beziehung von den Innungen geschaffen sind, kommen unmittelbar und mittelbar auch solchen Berufsgenossen zu Gute, welche der Innung nicht angehören. Es ist daher auch billig, daß die Möglichkeit gegeben ist, auch die außerhalb der Innungen lebenden Handwerker zu den Kosten der Einrichtungen heranzuziehen, von denen sie Vortheil haben. Das ist der Zweck des Entwurfs. Man muß anerkennen, daß es wesentlich praktische Zwecke sind, welche die Regierung verfolgt, und daß sie ihren Standpunkt in der Innungsfrage hiernicht verändert hat. Von den weitgehenden Bestrebungen nach obligatorischen Innungen oder nach Einführung eines Befähigungsnachweises hält sich der Entwurf fern, und das dürfte seine Chancen bei den Nationalliberalen günstig machen.“

Sehr ungünstig urtheilt über den Entwurf die deutschfreisinnige „Boschische Zeitung“. Sie sagt: „Die Vorlage geht nicht so weit, wie die Anträge von Konservativen und Zentrum, welche verlangen, daß die Nichtinnungsmitglieder keine Beiträge mehr halten dürfen, wenn in ihrem Bezirk die Zahl der Innungsmitglieder größer ist, und daß sie in diesem Falle sich auch dem Schiedsgericht der Innung unterwerfen müssen; in der praktischen Tendenz aber trifft die Vorlage mit jenen Anträgen zusammen, insofern sie die Kosten für die von den Innungen getroffenen Einrichtungen ebenso wie Konfervative und Zentrum auch auf Nichtinnungsmitglieder wälzt, um diese dadurch zu nöthigen, mit den zwangsweise übernommenen Pflichten auch die „Rechte“ von Innungsmitgliedern sich anzueignen. . . Ohne Frage hat der dem Bundesrat jetzt vorliegende Entwurf nichts Anderes als die allmähliche Majorisierung aller nicht zünftigen Handwerker durch die Innungsmeister im Auge, womit dem „sozialen Frieden“ und dem „wirtschaftlichen Aufschwung“ gebietet werden soll. Der hauptsächlichste, wenn nicht einzige Unterschied zwischen der Regierungsvorlage und dem liberal-konservativen Antrage besteht darin, daß der letztere durch den nackten Zwang des Gesetzes, die erstere dagegen durch indirekte Nöthigung mit Hilfe des Geldpunkts die freien Gewerbetreibenden in das Joch der Innungsmeister spannen will. Mag aber der Innungszwang ein direkter oder ein moralischer sein, in beiden Fällen zerflört er die Wurzeln unserer Gewerbeentwicklung und die Existenzbedingungen des freien Handwerks überhaupt. Nicht dem sozialen Frieden, sondern der Sozialdemokratie leistet jede weitere Einschränkung des selbständigen Gewerbetreibendes Vorschub, denn das Privilegium der Zunftmeister ist wirtschaftlich nichts Anderes, als das Privilegium der Agrarier: ein Freibrief auf Kosten der Allgemeinheit, ein Rückfall in die selbstthätigen Bestrebungen des Monopolgeistes, der seiner Zeit die Hüfte in's Leben rief.“

Gegenüber diesen Behauptungen des deutschfreisinnigen Organes erscheinen die Aeußerungen der „Nationalzeitung“, welche sich grundfänglich mit der Tendenz der Novelle einverstanden erklärt, von besonderem Interesse; diese sagt: „Der Gesetzentwurf bewegt sich in durchaus anderer Richtung, als das Verlangen nach Einführung eines Befähigungsnachweises oder als das Verlangen nach der Allianz der Deutschfreisinnigen mit dem Zentrum von einem früheren Reichstag eingeführten Lehrlingsprivilegium der Innungen. Der Entwurf bezweckt nur, unter Umständen zu den Kosten gewisser Innungseinrichtungen, welche — wie Herbergen, Arbeitsnachweis, Bildungsanstalten, Schiedsgerichte — allen Gewerbsgenossen nützlich sein können, auch diejenigen heranzuziehen, welche der Innung nicht als Mitglieder angehören. Das diesem Vorschlage zu Grunde liegende Prinzip ist in unserer Gesetzgebung keineswegs neu: zu den Kosten der Handelskammern beispielsweise, welche letzteren an vielen Orten ebenfalls Fortbildungseinrichtungen, Stellennachweis u. dergl. unterhalten, müssen alle Kaufleute des Bezirks beitragen. Eine allgemeine gesetzliche Anordnung dieser Art betrifft die Innungen verbietet sich durch die Natur der letzteren: sie haben nicht durchweg, wie die Handelskammern in der Wahrnehmung der Handelsinteressen ihrer Bezirke, Aufgaben, welche alle Gewerbsgenossen berühren; und ob die einzelne Innung auf den Gebieten, um welche es sich in der Vorlage handelt, etwas leistet, das muß in jedem Falle erst festgestellt werden. Darum macht der Entwurf die Heranziehung der Nichtmitglieder von einer Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde des Bezirks abhängig; und auch wie weit Ausnahmen von der Heranziehung stattfinden sollen, das ist (§ 100 m.) theilweise behördlich Entscheidung anheimzugeben. Obgleich andere Ausnahmen — die fabrikmäßigen Anlagen, Gewerbetreibende, welche regelmäßig weder Gesellen noch Lehrlinge beschäftigen zc. — in sachgemäßer Art bereits durch die Vorlage festgesetzt werden, gibt dieselbe doch dem Ermessen der Behörden einen erheblichen, durch irgend welche feste

Normen nicht beschränkten Spielraum. Darin wurzelt das hauptsächlich Bedenken, welches wir angeht des Entwurfes haben; vielleicht ist es möglich, demselben in der weiteren Bearbeitung irgendwie Rechnung zu tragen. Ein grundsätzlicher Einwand gegen die Vorlage scheint uns nicht vorhanden zu sein; ihre Bestimmungen werden in vielen Fällen nützlich wirken können. Auch bei entschiedener Gegnerschaft wider die Zwangsmaßnahmen wird man nicht verkennen dürfen, daß das Fernbleiben von freiwilligen Vereinigungen dieser Art häufig auf Indolenz und auf dem Bestreben vieler Leute, andere für sich bezahlen zu lassen, beruht.

Die „Kreuzzeitung“ erinnert daran, daß sie gegenüber der Ankündigung der Thronrede Zweifel geäußert, ob die Vorlage den Wünschen des Handwerkerstandes entsprechen werde, und sagt dann weiter: „Müssen wir auch gestehen, daß unser Zweifel gerechtfertigt war, so wird doch das deutsche Handwerk gleich uns mit Genugthuung auch in diesem neuen Vorgehen, die Rechte der Innungen zu erweitern, den Beweis erbringen, daß die Entwicklung unseres Gewerbes zu Gunsten der korporativen Verbände noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Freilich findet sich in der Vorlage weder eine Berücksichtigung des gewünschten Befähigungsnachweises, noch der Versuch, das bedingungsweise Privileg der Innungsmeister, allein Lehrlinge zu halten, dem bisherigen rein bürokratischen Gütindem zu entziehen; es handelt sich nur darum, auch die nicht der Innung angehörenden „Arbeitsgeber“ — das Wort Meister kennt unsere Gewerbeordnung nicht — und ihre Gesellen beitragspflichtig zu machen zu den Kosten der von der Innung getroffenen Einrichtungen zur Förderung des Berufsstandes, des Nachweises für Fellensarbeit, der Förderung der gewerblichen und technischen Ausbildung und des Schiedsgerichts. Aber es geht durch die Motive ein unerkennbar warmer Ton der Anerkennung hindurch für die soziale Bedeutung der die Gesamtheit der Berufsgenossen umfassenden Innung. Das ist ein Grundfals, der, wenn auch zunächst nur für jene Wohlhabendseinkünfte der Innungen ausgesprochen, doch schließlich zu weitergehenden Konsequenzen unabwendbar hindrängen muß. ... Mag auch manchem Handwerker und Gewerksfreund das Gebotene nur als geringfügige Abschlagszahlung auf ihre weitergehenden Hoffnungen erscheinen: sie thun gut, sich des Ganges der Entwicklung unserer Innungsgesetzgebung seit jener Zeit zu erinnern, wo zuerst die deutschkonservativen Abgeordneten v. Seydewitz u. Gen. mit ihren Anträgen im Reichstage hervortraten. Lange Zeit bekämpfte von dem Gesamtliberalismus, lange lau von den reagierenden Kreisen bei Seite geschoben, hat ihre stets wiederholte Anregung doch ihre Früchte getragen. Die langsam, aber stetig fallenden Tropfen haben den Weg zur richtigen Stelle des Steines gefunden, sie werden ihn schließlich auch ausschöpfen. Dazu gehört freilich aber die auf richtiger Erkenntnis seiner gemeinsamen Interessen beruhende treue Arbeit des deutschen Handwerkes an sich selbst. Ohne regere Entfaltung des Gemeinmutes unter stärkerer Zurückdrängung aller rein selbstsüchtigen Tendenzen wird auch die mit noch so weit gehenden öffentlichen Recht ausgestattete Innung ein bloßer todter Mechanismus, kein lebensvoller Organismus sein.“

Hierzu bemerkt die „Nordd. Allg. Zeitung“: „Unsere Leser wissen, daß gerade der hier zuletzt betonte Gesichtspunkt von uns wiederholt als derjenige bezeichnet worden ist, ohne dessen Berücksichtigung keine Art von Gesetzgebung, möge sie beschaffen sein, wie sie wolle, dem Handwerkerstande die von ihm gewünschten Wirkungen des Innungswesens gewährleisten könne. Aus einer Zusammenstellung der ersten der vorliegenden Beurteilungen dieser Novelle dürfte sich aber bereits ergeben, daß dieselbe am richtigen Punkte und mit zweckentsprechenden Mitteln eingeleitet hat.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 9. April.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag verschiedene Vorträge entgegen und besuchte den kommandirenden General, General der Infanterie und Generaladjutanten von Obernitz. Danach meldeten sich bei Seiner königlichen Hoheit die nachbenannten Offiziere: Generalleutnant v. Kessler, Kommandeur der 28. Division; Major Kunge vom Stabe des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 15; Major Balthar vom 4. Badischen Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112; Major Glauer von demselben Regiment; Hauptmann von Bonin vom 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109; Hauptmann Bernhard vom 5. Brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 48; Hauptmann a. D. Freiherr v. Schilling; Premierleutnant Graf Henkin vom 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109; Premierleutnant Freiherr von Meyern-Hohenberg vom 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113; Secondleutnant Graf von Rhoden vom 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109; Secondleutnant von Braun vom 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113.

Nachmittags empfingen Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin den Besuch Seiner Durchlaucht des Fürsten und Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Fürstin zu Hohenlohe-Langenburg und des Erbprinzen und der Erbprinzessin von Reuß.

Danach hörte der Großherzog die Vorträge des Legationssekretärs Freiherrn von Babo, des Staatsraths Freiherrn von Ungern-Sternberg und des Präsidenten von Regenauer.

(Von 9 Kandidaten für den Amtesrevidentendienst), welche sich der im Laufe des vergangenen Monats auf Grund der Verordnung vom 6. Juni 1882 abgehaltenen Prüfung unterzogen haben, sind durch Beschluß des Ministeriums des Innern vom 5. April nachstehende 7 als befähigt zu diesem Dienste erklärt worden:

- Altmair Gottfried Isela von Brenden, 3. Bt. in Waldshut,
- Wilhelm Kamm von Eppingen, 3. Bt. in Mühlheim,
- Jakob Lutz von Einsheim, 3. Bt. in Donaueschingen,
- August Laif von Buchen, 3. Bt. in Buchen,
- Stephan Brecht von Grabbeuren, 3. Bt. in Konstanz,
- Philipp Schmid von Eppingen, 3. Bt. in Stodach,
- Eduard Merkel von Langenbrand, 3. Bt. in Raftatt.

(VII. Deutscher Geographentag.) Zu Ehren der Teilnehmer veranstaltet die Stadt Karlsruhe im großen Saale der Festhalle Samstag, den 16. April d. J., Abends 8 Uhr, ein Festbankett. Zu demselben haben die Teilnehmer am Geographentag für sich und ihre Familienangehörigen freien Eintritt. Teilnehmerkarten werden in der Buchhandlung von Th. Ulrici,

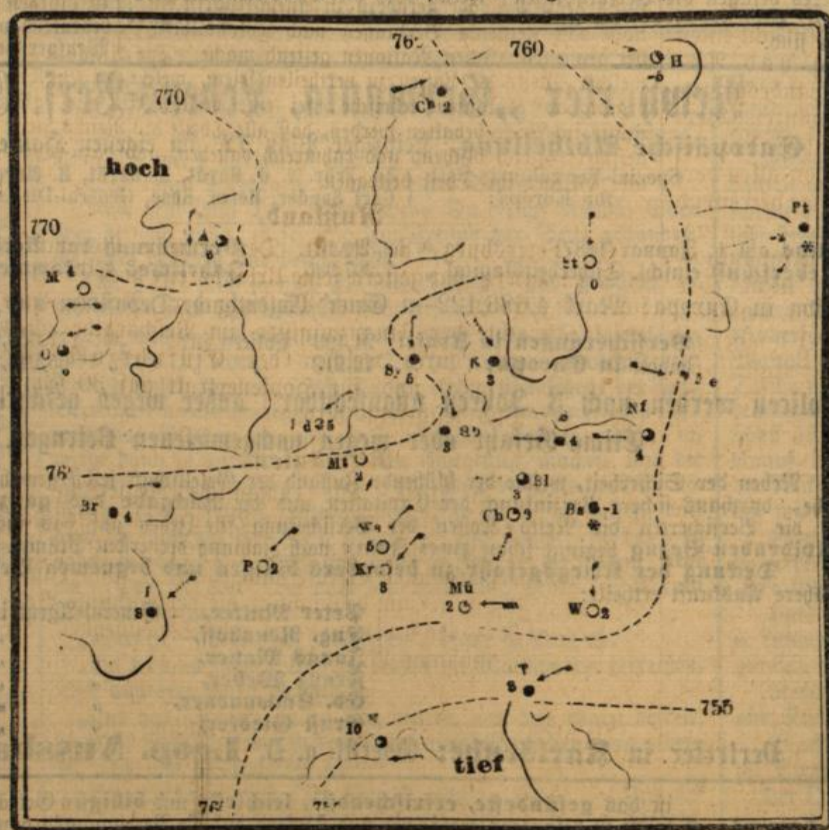
Kaiserstraße 157, abgegeben. Diese Karten, zu 3 M. für die Person, berechtigen außerdem zum Besuch der angekündigten Vorträge und gefelligen Zusammenkünfte, zur unentgeltlichen Besichtigung der im Gebäude der Technischen Hochschule veranstalteten Ausstellung, zur Teilnahme an der Besichtigung der Entwässerungsanlagen der Stadt, zur freien Fahrt nach Maxau mit dem von der Stadt Karlsruhe gestellten Sonderzug, Samstag den 16. April, Nachmittags, und endlich zur Teilnahme an dem Ausflug nach Baden, Sonntag den 17. April (ermäßigter Fahrpreis). Wir zweifeln nicht, daß die Teilnahme und das Interesse der Gimmolnerschaft an dem Geographentage eine rege sein wird, welche sich am besten dadurch bekunden dürfte, daß recht viele Teilnehmerarten gelöst werden.

** (Zur Entwicklungsgeschichte Karlsruhes.) Bei Eröffnung der oben erwähnten geographischen Ausstellung wollen wir nicht verschlen, darauf hinzuweisen, daß unser Karlsruher Stadtrath, wie er überhaupt durch sein jederzeit freundliches Entgegenkommen hervorragenden Antheil an dem Gelingen des 7. Deutschen Geographentages haben wird, in der historischen Abtheilung der Ausstellung ein Werk aufgelegt hat, auf das bei seinem allgemeinen Interesse noch besonders die Aufmerksamkeit unserer Mitbürger hingelenkt werden muß. Es sind zwei mächtige Mappen mit Karten und Plänen über Gründung und Entwicklung unserer Haupt- und Residenzstadt, begleitet von Darstellungen aus deren nächster Umgebung. Die Sammlung, welche mit einer ansehnlichen Karte des jetzigen Stadtgebietes aus dem Ende des 16. Jahrhunderts beginnt, enthält den ersten Grundriß der Stadt von 1716 mit der jetzigen Kaiserstraße, damaligen Landstraße, als südlicher Grenze, einen zweiten von 1718, einen von 1720, auf welchem sich Karlsruhe bereits in südlicher Richtung bis in die Gegend des Durlacher Thors ausdehnt, während das übrige, nämlich die „Landstraße“ anstößende Gebiet noch als Wald bezeichnet ist. So folgt Plan auf Plan bis zu dem neuesten von 1887, die Weiterentwicklung der Stadt in Zwischenräumen von etwa 5—10 Jahren charakterisirend, unterbrochen durch zahlreiche bildliche Darstellungen, wie der einstigen Thierhäuser im Schloßgarten u. dergl. mehr. Wir können füglich nicht auf alle Einzelheiten eingehen; erwähnt sei aber das überraschend großartige Projekt einer symmetrischen Anlage des Rathhauses, der protestantischen Kirche und des Marktplatzes von Bedetti (1790), neben diesem das bezügliche, nachher ausgeführte Weinbrenner'sche Projekt von 1797, beide in entsprechender bildlicher Darstellung; ebenso aus Weinbrenner's Zeit der Entwurf einer Markthalle; vor Allem interessant die von unserem jetzigen Oberbürgermeister 1856 entworfenen Pläne zur Schiffarmachung der Alb von der Schiefwiese an, dem Bahndamm entlang, bis in den Rheinhafen bei Krielingen; Gerwig's Projekt einer Trinkwasserleitung mit Abwasserkraft (1858); Schütz's Kanalisirung der Residenz. Die festbaren Pläne, die wohl noch nie dem Publikum in solcher Vollständigkeit zur Einsicht aufgelegt worden sind, bleiben in ihren Mappen, doch wird jederzeit ein Aufseher zur Vorzeigung und Erörterung bereit stehen.

* (Festbankett.) Am Donnerstag und am Freitag fuhren auch die in dem Fahrplane für die Festzüge zwischen Karlsruhe und Ettlingen Bahnhof-Ettlingen Stadt für Sonn- und Feiertage im Mai vorgesehenen Festzüge 7a, 9a, 11a und 8a, 10a, 12a.

Heidelberg, 7. April. (Die Bürgerauschussung) vom Dienstag eröffnete der Oberbürgermeister Dr. Wildens mit einem, dem vor kurzen verstorbenen Stadtrathe Bauerneind gewidmeten warmen Nachruf; der Dahingesehene war seit 1849 Mitglied des Bürgerauschusses, seit 1870 Mitglied des Stadtraths, außerdem in den Jahren 1858 bis 1879 erster Kommandant der freiwilligen Feuerwehr. Zu dem ersten Punkte der Tagesordnung, die Verwendung eines von einer Witwe hinterlassenen Vermögens betreffend, wurde dem städtischen Antrage nach kurzer Beratung mit allen gegen eine Stimme beigetreten. Die weiteren drei Anträge des Stadtraths wegen der Veräußerung eines der Stadt gehörenden Bauplatzes an der Kaiserstraße, der Herstellung der Schulkompetenz in Heidelberg und Schlierbach wurden ohne Diskussion einstimmig angenommen. Eine längere Diskussion rief der letzte Punkt der Tagesordnung, betreffend die Instandsetzung und Unterhaltung der Feldwege im Ober-, Mittel- und Unterfeld hervor; schließlich erfolgte jedoch auch hier die Annahme der Vorlage des Stadtraths, und zwar mit allen gegen eine Stimme.

Wetterkarte vom 9. April, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckunterschiede haben auf dem ganzen Gebiete abgenommen und daher sind die Winde allenthalben schwächer geworden; nur am Nordfusse der Alpen wehen noch starke östliche bis nordöstliche Winde. Ueber Centraluropa ist das Wetter trocken, vorwiegend heiter und vielfach kalt. Die oberen Wolken ziehen über Norddeutschland aus Nordost bis Nordwest.

Verschiedenes.

W. Wien, 9. April. (Tel.) (Der Afrika-Reisende Benz) ist hier eingetroffen.

— Weimar, 7. April. (Schiller-Stiftung.) Der Rentier Gerhard Scherr in Bingen hat der Schiller-Stiftung laut einer Meldung der „Allg. Ztg.“ testamentarisch 25,000 M. hinterlassen.

W. St. Petersburg, 8. April. (Eisgang auf der Newa.) Aus Schlüsselburg wird gemeldet, daß der Eisgang der Newa heute begonnen hat.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 9. April. Seine kaiserliche Hoheit der Deutsche Kronprinz wird auf den Wunsch der Aerzte während seiner Badeskur in Ems sich mögliche Schonung auferlegen, nur der Wiederherstellung seiner Gesundheit leben und deshalb allen Geschäften fernbleiben, niemand empfangen und keinerlei Audienzen erteilen.

St. Petersburg, 9. April. Das „Journal de St. Pétersbourg“ bezeichnet die angebliche Unterredung eines Korrespondenten des „Figaro“ mit Romini als ein Phantasma. (Wir haben von dem Bericht über die angebliche Unterredung, da sich in demselben augenfällige Unwahrscheinlichkeiten befanden, überhaupt keine Notiz genommen.)

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Donnerstag, 10. April. 8. Vorst. außer Ab.: „Tannhäuser oder der Sängerkrieg auf der Wartburg“, große romantische Oper in 3 Aufzügen, von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.

Donnerstag, 11. April. 48. Ab.-Vorst. Neu einstudirt: „Hamlet, Prinz von Dänemark“, Trauerspiel in 5 Akten, von Shakespeare, übersezt von Schlegel. Anfang 6 Uhr.

* (Reperioir-Entwurf) für die Zeit vom 12. bis mit 17. April. a. Vorstellungen in Karlsruhe. Dienstag, 12. April. 49. Ab.-Vorst.: „Die alte Schachtel“, Lustspiel in 1 Akt, von G. zu Putlitz. „Das erste Mittagessen“, Schwank in 1 Akt, von Karl Götlicher. „Das Verbrechen hinter'm Herd“, Scene aus den österreichischen Alpen mit Nationalgesängen, von A. Baumann. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag, 14. April. 50. Ab.-Vorst.: „Doktor Klaus“, Lustspiel in 5 Akten, von F. Arronge. Anfang 7 Uhr. — Freitag, 15. April. 52. Ab.-Vorst.: „Carmen“, große Oper in 4 Aufzügen, von G. Meilhac und L. Halévy. Musik von Georges Bizet. Anfang 7 Uhr. — Sonntag, 17. April. 51. Ab.-Vorst.: „Die Jüdin“, große Oper in 5 Aufzügen, nach dem Französischen des Eug. Scribe von J. v. Seyfried. Musik von Halévy. Anfang 6 Uhr. — b. Vorstellungen in Baden. Mittwoch, 13. April. 24. Ab.-Vorst. Neu einstudirt: „Hamlet“, s. oben. Anfang 6 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Todesfälle. 6. April. Anna, 1 J. 4 M. 3 T., B.: Metz, Kaserneinspektor. — Martin Schiffereder, led., 30 J., Assistent. — 7. April. Hulda, 7 M. 13 T., B.: Broglie, Kaufmann. — Elisabetha, Ehefrau des Kaufmann D. Winter, 34 J. — Louise, 10 J. 6 M., B.: Zimmermann, Schlosser und Zimmermann. — 9. April. Sofie, Ehefrau des Portiers A. Volt, 49 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind. in m	Witterung	
7. Nachts 9 U.	742.6	+ 7.8	61	78	NE ₁	bedeckt
8. Morgs. 7 U.	745.2	+ 6.2	4.8	67	NE ₂	„
8. Mittags 2 U.	746.8	+ 11.0	5.1	52	NE ₂	„
8. Nachts 9 U.	749.0	+ 6.6	3.7	51	NE ₂	klar
9. Morgs. 7 U.	750.7	+ 2.0	3.4	64	NE ₂	„
9. Mittags 2 U.	750.4	+ 10.2	3.5	38	NE ₂	wenig bew.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 8. April. Morgs. 3.91 m, gestiegen 2 cm. — 9. April, Morgs. 3.90 m, gefallen 1 cm.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 9. April 1887.

Staatspapiere.	Bahnaktien.
4% Deutsche Reichsanleihe 106.15	Staatsbahn 187 1/2
4% Preuss. Konf. 105.85	Lombarden 65 3/4
4% Baden in fl. 103.50	Galizier 166.40
4% „ in M. 104.95	Elbthal 131 1/2
Deherr. Goldrente 90.75	Westerb. 139.50
Silber. 65.45	Hess. Ludwigsbahn —
4% Ungar. Goldr. 80.90	„ 155.—
1877r. Russen 96.25	Gotthard 97.60
1880r. „ 80.40	Weschn. 168.65
II. Orientanleihe 55.30	„ London 20.37
Italiener compt. 97.30	„ Paris 80.52
Ägypter 75.10	„ Wien 159.70
Spanier 64.20	Napoleonsd'or 16.11
5% Serben 78.90	Privatdisconts 2 1/2
Banken.	Bad. Zuckerfabrik 74.—
Kreditaktien 225 1/2	Alkali Westereg. —
Disconts-Kommandit 194.10	Kreditaktien 225 1/2
Basler Bankver. 156.50	Staatsbahn 187 1/2
Darmstädter Bank 137.20	Lombarden 65 3/4
5% Serb. Hyp. Ob. 79.95	Lombard. 65 3/4
Wien.	Wien.
Def. Kreditakt. 451.50	Kreditaktien 231.20
Staatsbahn 376.—	Marknoten 62.55
Lombarden 136.—	Tendenz: fest.
Disf.-Kommand. 194.10	Paris.
Lehrhütte 74.50	4 1/2% Rente 109.72
Dortmunder 55.30	Spanier 64 3/4
Marienburger 42.60	Ägypter 33 3/4
Mecklenburger —	Ottoman 307
Tendenz: —	Tendenz: —

Todesanzeige.
 F. 102. Etilingen v.
 Tiefbetrübt geben wir die
 schmerzliche Nachricht, daß
 unser lieber Vater, Bruder und
 Onkel

Philipp Thiebant,
 Bürgermeister,
 heute Morgen um halb 7 Uhr nach
 längerem schweren Leiden im Alter
 von 76 Jahren sanft verschieden ist.
 Um stille Theilnahme bitten,
 Etilingen, den 9. April 1887.
 Die trauernden Hinter-
 bliebenen.
 Die Beerdigung findet am Oster-
 montag, Vormittags 11 Uhr, statt.

Dankfagung.

F. 99. Baden. Für die
 beim Ableben unseres lieben
 Bruders, Onkels und Groß-
 onkels
Herrn Adolf Salbenwang,
 insbesondere durch die zahl-
 reiche Theilnahme am Leichen-
 begängnisse uns erwiesene
 wohlthunende Theilnahme sagen
 wir anmit herzlichsten Dank.
 Baden, den 7. April 1887.
 Die trauernden Hinter-
 bliebenen.

Einladung.

F. 47. Wir gedenken am Mittwoch
 nach Ostern, den 13. April, Vormit-
 tags 10 Uhr, im **Diafonienhaus** zu
 Karlsruhe unsere Missionskonferenz
 zu halten, wozu wir die Missions-
 freunde mit dem Bemerken herzlich ein-
 laden, daß Missionsinspektor Deltler
 von Basel derselben anwohnen wird.
 Die Direction des Evang. Vereins
 für äußere Mission.

F. 105.2. Für unsere Buchhand-
 lung (Sortiment und Verlag)
 suchen wir einen jungen Mann
 mit guten Schulkenntnissen als
Lehrling.
 Karlsruhe. G. Braun'sche
 Hofbuchhandlung, Karl-Fried-
 richstraße Nr. 14.

F. 88.3. In ein bestrenommiertes,
 umfangreiches Geschäft mit durch-
 aus solider Grundlage wird ein
 Killec

Theilhaber

mit einer Einlage von **M. 20,000**
 gesucht. Offerten unter **A.B. 6525a**
 an **Haasenstein & Vogler** in Karls-
 ruhe erbeten.

Pianinos
 u. d.
Flügel

F. 153.1. sind wieder neu eingetroffen in
 überraschend reicher und gedie-
 genster Auswahl vom einfachsten
 Lernklavier aufsteigend bis zum
 feinsten Bechstein-, Blüthner- und
 Stelaway-Flano.
 Zuverlässigste Bezugsquelle zu
 Original-Fabrikpreisen.
Ludwig Schweisgut,
 Grossh. Hoflieferant,
 Karlsruhe, 31 Herrenstr. 31.

Gouvernante gesucht,
 welche fertig Französisch und Englisch spricht
 und Klavier spielt. Offerten mit Zeug-
 nissen, Referenzen, Lebenslauf u. Pho-
 tographie an: K. B. Villa Monte Carlo,
 Baden-Baden. F. 57.2.

Bei 3000 M. Gehalt
 suchen solide Leute zum **Kaffee-Ver-**
kauf in Postcoltis an Private: Emil
 Schmidt & Co., Hamburg. C. 455.3

Offizier-Handschuhe



in
 Wildleder,
 halb und ganz
 gelascht.
Grosses Lager.
 Rasche
 Extra-Anfertigung
 Handschuh-
 Wasch-Anstalt.
Ludwig Oehl, Karlsruhe,
 Grossh. Hoflieferant, 116 Kaiserstr.

NB. Militär-Halsbinden
 & **Hosenträger aller**
Systeme. C. 102.5.

Badischer Frauenverein.
 Zeichenschule.

Donnerstag den 21. d. M., Morgens 8 Uhr, beginnt das Sommersemester
 der Zeichenschule. Der Unterricht umfaßt
Kunstgewerbliches Zeichnen, wöchentlich 4 Stunden, Honorar 20 M.
 pro Semester, und bei genügender Beteiligung auch
Porzellanmalen, wöchentlich 4 Stunden, Honorar 20 M. pro Semester.
 Der sogenannte kleine Kurs für Freihand- und Geometrisches Zeichnen
 findet Nachmittags in 3 Doppelstunden wöchentlich statt und kostet 10 M. pro
 Semester.
 Anmeldungen werden an unterzeichnete Stelle erbeten. C. 134.2.
 Karlsruhe, im April 1887.
 Der Vorstand der **Abtheilung I,** Gartenstraße, Herrenstraße.

Großh. Kunstgewerbeschule Karlsruhe.

Die Aufnahme der Schüler für das Sommersemester findet **Montag den**
18. April, Abends 7 Uhr, statt.
 Der Unterricht der Anstalt umfaßt: **Zwei Vorkurse** von je 1 Jahr und
 folgende **vier Fachkurse:**
 A. **Architekturkurs:** Architektur- u. Möbelzeichnen, Metallarbeiten,
 Keramik und Verwandtes; B. **Bildhauerkurs:** Modellieren in Wachs und
 Thon, Holzschneiden; C. **Eiselnkurs:** Eisenarbeiten und Gravieren; D. **Defora-**
tionkurs: Dekoratives Malen und figürlich ornamentale Illustration, —
 außerdem **Abendunterricht:** Freihandzeichnen und Modellieren. Ferner bietet
 die Schule Gelegenheit zur **Ausbildung als Zeichensehrer.**
 Das bei der Aufnahme zu entrichtende Schulgeld beträgt für ständige
 Schüler 15 M., für Abendhörer 5 M.
 Die **Direction.** C. 104.2.
 G. 4.

Großherzoglich Badische Baugewerkschule
Karlsruhe.

I. Abtheilung für Bautechniker. Vorbereitung zur staatlichen Werk-
 meisterprüfung.
II. Abtheilung für Maschinentechniker.
III. Abtheilung zur Heranbildung von Gewerbelehrern.
 Beginn des Sommersemesters Freitag den 15. April. Schriftliche An-
 meldungen neuerintretender Schüler bis spätestens den 11. April.
 Schulgeld 30 Mark. Programm gratis.
 Die **Direction.** C. 984.3.

Badische Bank.

Laut Beschluss der heute stattgehabten Generalversammlung
 gelangt der am 1. Juli d. J. verfallende Dividende-Coupon Nr. 16
 unserer Aktien mit

Mark 12.— vom 1. Mai d. J. ab

zur Einlösung.
 Die Auszahlung erfolgt
 in **Mannheim** bei der **Bankcasse,**
 in **Karlsruhe** bei der **Casse unserer Filiale,**
 in **Frankfurt a. M.** bei den **Herrn M. A. v. Rothschild & Söhne,**
 in **Berlin** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft.**
 Die Dividende-Coupons sind mit arithmetisch geordneten Num-
 mern-Verzeichnissen, wozu Formulare an den betr. Zahlstellen in
 Empfang genommen werden können, einzureichen.
 Mannheim, den 5. April 1887.
 Die **Direction.** C. 154.

Maulbronn (Württemberg). F. 94.1.
Gasthaus zum Kloster
 bringe ich empfehlend in Erinnerung. Freundliche Fremdenzimmer, für
 Vereinfachten und einzelne Reisende, bestens eingerichtet.
 Prachtvolle Wälder in nächster Nähe. Bahnstation Entfernung 3 km,
 Weg durch den Wald. Wegen des Klosters und Cingler-Weins allezeit
 besamt und besucht. — Bei längerem Aufenthalt Pensionpreis. — Bei
 größeren Gesellschaften Anmeldung zum Mittagessen erwünscht.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Frau Posthalter Frey.
 C. 121.2. **Stuttgart.**

Verkauf von Pferden aus dem K. Leibstall
 und dem K. Privatgestüt.

Mittwoch den 20. April, Morgens 9 1/2 Uhr, werden im Reitbaue
 des K. Marstalls dahier 2 vierjährige Araber Vollblutpferde, 4 vierjährige
 Halbblutpferde, 1 fünfjähriger Halbbluthengst, 4 Wallachen und 2 ausgemusterte
 ältere Pferde zur Versteigerung kommen.
 Näheres belegen die Verkaufslisten, welche vom K. Oberstallmeister-
 amt der K. Gesandtschaft und dem K. Postamtsamt in Stuttgart
 zu beziehen sind.

New Yorker „Germania, Lebens-Verj.-Ges.“

Europäische Abtheilung, Leipziger Platz 12, im eigenen Hause in Berlin.
 Special-Verwaltungs-Rath | Ed. Frhr. v. d. Heydt, H. Hardt, H. Marouse,
 für Europa: | Carl Sander, Herm. Rose, General-Director.

Total-Activa am 1. Januar 1887: **M. 52,320,161.** **Vermehrung der Activa** in 1886: **M. 3,507,271**
Reiner Ueberschuß einchl. Sicherheitskapital: **7,207,985.** **Jährliches Einkommen:** **10,000,000**

Activa in Europa: **Mark 4,683,122** in Grund-Eigenthum, Depositum und Policen-Darlehen.
Vericherungen in Kraft: 24,493 **Policen** für **M. 177,659,945**
 davon in Europa: **12,212** „ „ **65,245,922**

Die Policen werden nach 3 Jahren unanfechtbar, außer wegen gefährlicher Beschäftigung,
Clima-Gefahr oder wegen nachgewiesenen Betruges.
 Neben der Sicherheit, welche der blühende Zustand der Gesellschaft selbst gewährleistet, reducirt die
 hohe, durchaus sichere Verzinsung der Capitalien und die Rückgabe des **ganzen Ueberschusses**
 an die Versicherten die Netto-Kosten der Versicherung für Jeden auf das möglichste Minimum.
Dividende-Bezug beginnt schon **zwei Jahre** nach Zahlung der ersten Prämie.
Deckung der Kriegsgefahr zu besonders **billigen und bequemen Bedingungen.**
 Nähere Auskunft ertheilt:
Peter Mutter, General-Agent in **Freiburg i. B.,**
Eug. Neunhoff, „ **Frankfurt a. M.,**
Jonas Mayer, „ **Mannheim,**
Franz Weber, „ **Darmstadt,**
Ed. Schwandner, „ **Stuttgart,**
Ernst Gieseler, „ **Büch.**

Vertreter in Karlsruhe: Oberstl. a. D. Leop. Nussbaumer. C. 3.3.

Apfelwein!
 ist das **gesündeste, erfrischendste, leichteste und billigste** Getränk. Nicht wie das Bier erschöpfend, nicht wie der Wein berauschend,
 wirkt er besonders erquickend und stärkend auf die Verdauungsorgane, von den Aerzten hierzu besonders empfohlen. Er ist das beliebteste
 Hausgetränk und wird von den Leuten allen anderen Getränken vorgezogen. **Er ist der Todfeind des Schnapfes, der Förderer des**
Cholera's. Ganzhell, köstlich, in einem leichten Mafel erimern, in ausgezeichnete Qualität, in Fässchen von 25 Liter an (pro Liter
 28 Pf., pro 100 Liter 26 M.), ist er zu beziehen von **Ottocar Martinsen,** Obstgärtnerei, **Gernsbach i. B.** A. 741.21.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

SCHERING'S PEPSIN-ESSENZ
 nach Vorschrift von Dr. Oscar Viebreich, Professor der Organ-
 anatomie an der Hochschule zu Berlin.
 Verdauungsbeschwerden, Trägheit der Verdauung, Sob-
 erren, Magenbeschwerden, die folgen dem Unmäßigkeit im
 Essen und Trinken werden durch diese angenehm schmeckende Essenz
 binnen kurzer Zeit beseitigt.
 Preis 2 1/2 M. 3 M. 1/2 M. 1.50.
Schering's Grüne Apotheke
 Berlin N., Chaussee-Strasse 19.
 Niederlagen in fast sämtl. Apotheken u. den renommirten Droge-
 handlung-n. Besondere Bezeichnungen werden prompt angeführt.

Optisch-oculistische Anstalt
 Karlsruhe,
Emil August Willer,
 Kaiserstraße 82 a. nächst dem Marktplatz.
 Spezial-Institut für wissenschaftliche Untersuchung der Augen zwecks
 Anfertigung richtig passender Augengläser. Präzise Anfertigung der
 Fassungen nach Gesicht's- und Kopfformen ohne Preiserschöpfung.
 Alleinige Abgabestelle von Rodenkoff's verbesserten Augengläsern mit
 Diaphragma, Deutsch. R.P. Durch zweifelhafte Ausschließung aller seit-
 lichen Lichtstrahlen und Reflexe der Glasperipherie und der Fassungs sichts-
 man mit diesen Gläsern, gegenüber allen andern Systemen, welche obige
 Vorzüge entbehren, bei geringerer Inanspruchnahme der Augen, klarer und
 ruhiger, sie dienen im höheren Grade zur Schonung und Erhaltung der
 Sehkraft.
 Reichhaltige Auswahl besser optischer Gegenstände und physikalischer
 Instrumente und Apparate, zu billigen oder festen Preisen. C. 40.2.

Kronthaler
 Natürlich kohlensäure Mineral-Wasser:
 London: **Apollinis-Brunnen, New-York:**
 Water Lane 14 **Wilhelms-Quelle, Berlin:**
 Bad-Kronthal: **Wilhelms-Quelle, u. Linden 24.**
 Direction: **Bad Kronthal im Taunus.**
 Haupt-Depots: **Einrich Bassler, Karlsruhe. — H. Hüll-
 scher, Baden-Baden. — C. A. Bihmann, Freiburg. — J. F.
 Autenrieth, Offenburg. — E. F. Brenner, Pforzheim.**
 C. 150. Nr. 7247. Karlsruhe.

Bekanntmachung.
 Bei der hiesigen Ober-Postdirection lagern nachverzeichnet, in der Zeit
 vom 1. Januar bis 31. März d. J. von den Postanstalten des Bezirks als
 unanbringlich eingelangte Gegenstände:

Gegenstand	Aufgabeort	Aufgelie- fert am	Empfänger	Bestimmungs- ort
1 Briefm. Einlage	Wiesloch	24. 11. 1886	Bauhof	Heidelberg
2 "	Buchen	25. 11. "	Stieber	Bresingen
3 Postanweisung	Baden-Baden	22. 7. "	Seilmann	Dresden
4 "	Weinheim	30. 8. "	Schönemann	Wiesbaden
5 Einschreibebrief	Karlsruhe (B.)	1. 12. "	Groß	Welschneureuth
6 "	Heidelberg	15. 7. "	King	New-York
7 "	do.	8. 11. "	Schrod	Darmstadt
8 "	do.	22. 11. "	Albiez	Falkau
9 "	Karlsruhe (B.)	23. 11. "	Leuz	Frankfurt (Main)
10 Einschreibemuster	Pforzheim	23. 12. "	Prager Hermanns	Cordoba
11 Kiste	Bruchsal	18. 11. "	Burd	Stuttgart
12 Paket	Wiesloch	11. 10. "	Schweizer	Klingenberg

Die unbekannt Abnehmer dieser Gegenstände, die die zur Empfangnahme
 derselben berechtigten Personen werden aufgefordert, ihre Ansprüche binnen
 4 Wochen bei der hiesigen Ober-Postdirection geltend zu machen. Nach Ablauf
 dieser Frist werden die Postanweisungsbeträge und das in den Sendungen etwa
 befindliche Geld der Postanmenz., bz. Postunterstützungs-Kasse überwiesen, son-
 stiger Inhalt der Sendungen aber zu Gunsten der genannten Kasse versteigert
 werden. Karlsruhe, 5. April 1887.
 Der Kaiserliche Ober-Postdirector,
 Geheimrath
 Deß.

Baden-Baden.
Das maison garnie
J. Bischoff.
 gegenüber dem **Großh. Friedrichsbad,**
 empfiehlt seine neu möblirten Zimmer
 zu billigen Preisen. — Durch Aufbau
 bedeutend vergrößert. C. 31.2.
 Weniger Bemittelte werden berücksichtigt.

Bürgerliche Rechtspflege.
 Vermögensabsonderung.
 F. 103. Nr. 4819. Mannheim.
 Die Ehefrau des Philipp Würtb-
 wein, Anna, geb. Knoll in Seckenheim,
 hat gegen ihren Ehemann bei diesseitigem
 Landgerichte eine Klage mit dem Be-
 gehren eingereicht, sie für berechtigt zu
 erklären, ihr Vermögen von dem ihres
 Ehemannes abzufondern.
 Termin zur Verhandlung hierüber
 ist auf:
 Dienstag den 17. Mai 1887,
 Vormittags 9 Uhr,
 bestimmt. Dies wird zur Kenntniß-
 nahme der Gläubiger andurch ver-
 öffentlicht.
 Mannheim, den 6. April 1887.
 Gerichtsschreiberei des Gr. Landgerichts.
 Bigel.

Verm. Bekanntmachungen.
 C. 148. Nr. 974. Konstanz.
Bekanntmachung.
 Den Vollzug des Sozialisten-
 Gesetzes betr.
 Die Druckchrift **„Lohnarbeit und**
Kapital von Karl Marx; Separat-
 Abdruck aus der Neuen Rheinischen
 Zeitung vom Jahre 1849, gedruckt in
 der Schweizerischen Genossenschafts-
 buchdruckerei Döttingen-Büchli, 1884 —
 wird hiermit auf Grund der §§ 11 u.
 12 des Reichsgesetzes vom 21. October
 1878 verboten.
 Konstanz, den 6. April 1887.
 Der Großh. bad. Landeskommissär
 für die Kreise
 Konstanz, Bültingen und Waldshut:
 Engelhorn.